

Hoovers Niederlage

Der Wahlsieg der Demokraten in Amerika

Die amerikanischen Kongresswahlen vom 4. November endeten mit einem entscheidenden Erfolg der Demokraten. Die Republikaner, deren Machtstellung noch kürzlich für unerschütterlich galt, haben Verluste erlitten, von denen sie sich in absehbarer Zeit nicht mehr erholen werden. Präsident Hoover, der vor zwei Jahren mit großer Mehrheit gewählt wurde, steht sich nunmehr einem Kongress gegenüber, der ihm feindlich gesinnt ist. Das Ansehen, die Popularität des Prosperitätsmannes sind so schnell dahingegangen, wie die amerikanische Prosperität selbst. An Hoover wiederholt sich das Schicksal Wilsons nach seiner Rückkehr aus Versailles. Damals hat der Verfasser der berühmten 14 Punkte auch mit einem Kongress regieren müssen, in dem er über seine Mehrheit verfügte. Zwar ist der amerikanische Präsident, der bekanntlich zugleich auch Chef der Regierung ist, vom Votum des Parlaments unabhängig, er ist laut Verfassung unverantwortlich. Doch bedeutet ein dem Präsidenten feindlich gesinnter Kongress eine ungeheure Belastung für den Politiker, der die Geschicke des großen Landes zu leiten hat. Präsident Hoover befindet sich in einer schwierigen und undankbaren Situation, um die er nicht zu beneiden ist.

Der Sieg der Demokraten kann als Sieg der „Massen“ über die „Trockenen“ gewertet werden. Zwar gibt es „Reife“ und „Trockene“ in genügender Anzahl in den beiden rivalisierenden Parteien, doch waren es die Republikaner, die die Prohibitionsparole zum Programm gemacht haben. Daher bedeutete der Republikanersieg 1920 einen Triumph für die Antialkoholbewegung in den Vereinigten Staaten. Das Prohibitionsgebot ist bereits über zehn Jahre in Kraft. Seine Einführung hat die Epoche der schmutzigsten Korruption eingeleitet, die Amerika je gekannt hat. Der geheime Alkoholvertrieb ist in ständigem Steigen begriffen, die Schmutzgeschäfte gehören zu den populärsten Persönlichkeiten in U.S.A., und die Bootlegger-„Industrie“ zählt zu den einträglichsten der Welt. Die Propaganda der „Trockenen“ wird, was weiter nicht verwunderlich ist, zu einem erheblichen Teil mit den Geldern der Alkohol-smuggler geführt.

Schon bei den Präsidentschaftswahlen 1928 hatte der demokratische Kandidat der „Massen“ große Erfolge erzielt, viel größere, als dies infolge des eigenartigen Wahlsystems nach außen hin zum Ausdruck kam. Dieses Wahlsystem bringt es mit sich, daß die Zahl der Wahlmänner in ihrem direkten Verhältnis zu der Zahl der abgegebenen Stimmen steht. So kam es, daß der Stimmenvorsprung Hoovers keineswegs so groß war, wie dies auf Grund der Wahlmännerabstimmung erscheinen konnte. Die Kongresswahlen, die Proportionswahlen sind, haben deutlich genug bewiesen, daß der Präsidentschaftswahlsieg Hoovers ein Pyrrhus-Sieg war.

Es wäre irrtümlich, die Rolle, die die Frage „Reiz“ oder „Trocken“ im amerikanischen Wahlkampf spielte, zu überschätzen. Der letzte Grund für die Niederlage der Republikaner ist in der Wirtschaftskrise zu suchen. Die Zahl der Arbeitslosen beträgt nach inoffiziellen Berechnungen rund 7 Millionen. Die Kurzarbeit greift immer mehr um sich, die Farmer waren schon bei der Präsidentschaftswahl nur schwer dazu zu bewegen, ihre Stimmen zugunsten der republikanischen Kandidaten abzugeben — heute sind sie völlig darüber enttäuscht, daß Präsident Hoover seine Versprechungen, der amerikanischen Landwirtschaft tatkräftig zu helfen, nicht erfüllt hat. Die Pflüchung des wirtschaftlichen Lebens auf dem Lande und in den Städten hat die Wähler veranlaßt, für die Oppositionspartei zu stimmen. Die Republikaner haben ein Warnungszeichen erhalten: bei den kommenden Präsidentschaftswahlen werden sie einen äußerst schweren Stand haben. Bis dahin werden allerdings noch zwei Jahre vergehen. Schon heute steht aber fest, daß Hoovers Stern im Sinken begriffen ist, und daß die Vereinigten Staaten einer nicht nur wirtschaftlich, sondern auch politisch unruhigen Zeit entgegengehen.

Auch ein Verständigungsversuch

Ein deutscher General beim ehemaligen Reinegamer zu Gast

London, 8. Nov. Der General a. D. Frh. v. Kressenstein, der im Weltkrieg das türkische Heer in Palästina befehligte, war Ehrenast der Offiziere der 53. Walliser Division, die gegen seine Heeresabteilung gekämpft hatte. Der General, der den Orden Pour le Mérite trug, fand eine begeisterte Aufnahme. Seine Rede, die er deutsch hielt, wurde bei der Uebertragung von lebhaftem Beifall unterbrochen und nach Schluß seiner Ausführungen erhoben sich die britischen Offiziere und tranken ihrem ehemaligen Gegner unter lauten Zurufen zu. Der Vorsitzende des Klubs der 53. Walliser Division, Generalmajor Nott, hatte auf Ersuchen einer Anzahl von Offizieren, die die faire und soldatenhafte Weise bewunderten, in der ihr früherer Feind gegen sie gekämpft hatte, die Einladung an General Kressenstein, heute abend am selben Tisch zusammenzutreffen können und daß ich heute einem ehemaligen Feinde in vollster

General Kressenstein erklärte in seiner Rede u. a.: Es ist unseren gegenseitigen Bemühungen zuzuschreiben, daß Männer, die noch vor verhältnismäßig wenigen Jahren einander heilig bekämpften, heute abend am selben Tisch zusammensitzen können und daß ich heute einem ehemaligen Feinde in vollster



Die Führer des „Do. X.“ In der Mitte sieht man den Kommandanten des Flugzeuges Kapitän Fr. Christianje

Anerkennung seiner glänzenden Kriegsführung die Hand reichen kann. Ich darf vielleicht auch in Ihrer Einladung ein neues und allseitiges Zeichen des allmächtigen Verschwindens der Kriegsmoralität erblicken, ein neues und glückliches Symbol der Notwendigkeit und der Anstrengung, eine Wiederannäherung der freundschaftlichen Beziehungen zwischen unseren beiden großen Nationen herbeizuführen, die weder aus Gründen ihrer historischen Vergangenheit, noch aus transzendierenden Gründen der Kaiserzeitidee andere als freundschaftliche Beziehungen haben dürfen. Das gesamte deutsche Heer und die überwältigende Mehrheit des deutschen Volkes erziehen gern und dankbar die Hand, die ihr früherer Feind ihnen bietet. Generalmajor Nott und General Kress v. Kressenstein legten gestern gemeinsam Blumentreuze am Fuße des Xenotaphs nieder.

Wer löst die Arbeitslosenfrage?

Stenerwald über das Regierungsprogramm

Berlin, 7. Nov. In einer Vertrauensmännerversammlung der Berliner Zentrumspartei sprach Reichsarbeitsminister Dr. Stenerwald über die Arbeitslosenfrage. Er führte dabei u. a. aus:

Die Ursachen der gegenwärtigen Weltwirtschaftskrise sind klar erkennbar. Die Erzeugungslosigkeit ist in den anderthalb Jahrzehnten sehr viel härter gewesen als der Verbrauch zu folgen vermocht hat. Europa ist heute weniger denn je eine wirtschaftliche Einheit. Die europäischen Staaten, die nicht am Krieg beteiligt waren, brauchen weniger Steuern zu erheben als die anderen. Der Krieg hat Europa ein Dutzend neuer Staaten gebracht mit 11 000 Kilometern neuer Zollgrenzen. Schließlich können wir beobachten, wie mit Ausnahme von England und Deutschland alle Staaten Europas, die am Krieg beteiligt waren, geringwertige Güter aufzuweisen haben. Das hat zur Folge, daß in diesen Ländern die Lebenshaltung sehr viel höher ist als in Deutschland.

Die Arbeitslosenfrage in Verbindung mit der Reparationsfrage hat Deutschlands Finanzen an den Abgrund gebracht. Die Steuerquellen sind so gut wie restlos erschöpft. Die Arbeitslosenfrage ist für Deutschland also nicht nur ein wirtschaftliches und finanzielles, sondern auch ein volkspolitisches und seelisches Problem. Deutschland ist ein überfülltes Land; wir befinden uns heute wieder in derselben Lage, die Capri anfangs der neunziger Jahre des vorigen Jahrhunderts dahin formuliert hat: „Wir müssen Menschen oder Waren ausführen“. Sowohl der Waren- wie der Menschenausfuhr stehen große Hemmnisse entgegen.

Die Arbeitslosenfrage berührt auch in einer anderen Hinsicht den Lebensnerv des deutschen Volkes. Bis hierher zählt dieses noch zu den fleißigsten Völkern der Welt. Wenn dieser Fleiß durch langandauernde Arbeitslosigkeit von der Jugend her angegriffen wird, dann bedeutet dies den Anfang vom Ende des deutschen Volkes in der Welt.

Was kann nun Deutschland tun zur Bewältigung des Arbeitslosenproblems? Das ist eine sehr schwere Frage. Wenn sie einfach wäre, dann wäre unverfänglich, warum selbst der wirtschaftliche Sieger des Weltkrieges, Amerika, keines Arbeitslosenproblems von fünf bis sechs Millionen nicht Herr wird. Dann wäre es unverfänglich, warum in England die ehemalige konservative Regierung an der Arbeitslosenfrage gescheitert ist, und warum auch die Labour-Party daran zu scheitern droht. Wir müssen alles aufbieten, was menschenmöglich ist, um der Arbeitslosigkeit beizukommen. Das ist Keen und Sinn des Sanierungsprogramms der Reichsregierung.

Das entscheidende aber ist: Wer schlägt ein besseres und im Hinblick auf die Gesamtlage Deutschlands auch praktisch durchführbares Programm vor. Dem, der dieses Rezept ohne abenteuerliche Pläne in der Tasche hat, macht die gegenwärtige Regierung in jeder Stunde Platz. Im ganzen ist die Generalaufgabe, vor der wir stehen, die Wiederherstellung des Vertrauens zu Staat und Wirtschaft in Deutschland und in der Welt. Diese Generalaufgabe zerfällt unter anderem in folgende Einzelaufgaben:

Inordnungbringung der Finanzen der öffentlichen Hand, von Reich, Ländern und Gemeinden, vernünftige wirtschaftliche Regelung von Produktion, Rentabehaltung der Landwirtschaft, Senkung der Gestehungskosten in der heutigen Wirtschaft, Arbeitsbeschaffung, eventuell vorübergehende Arbeitsförderung und Fürsorge für die Menschen, die arbeiten wollen und nicht arbeiten können.

Deutschland hat in den letzten Jahrzehnten schon schwereres durchgemacht als gegenwärtig. Die Kriegsjahre 1914 bis 1918 und die Inflationsjahre 1922 bis 1923 haben dem deutschen Volke Dörfer anverleitet, die nur wenige andere Völker der Welt zu überleben vermocht hätten und auch über die jetzige Situation kommen wir hinweg, wenn wir wollen und ich bin der festen Ueberzeugung, daß das deutsche Volk in seiner Mehrheit diesen Weg geht.

Umgestaltung im engl. Kabinett

London, 8. Nov. „News Chronicle“ meldet, aus Kreisen der Arbeiterpartei wird an den Premierminister die nachdrückliche und, wie es scheint, kaum abzulehnende Forderung gerichtet, daß eine völlige Umgestaltung des Kabinetts vorgenommen werde. Wenn diese Forderung Erfolg hat, so wird dies den Rücktritt des Schatzkanzlers Snowden, des ersten Lords der Admiralität, Alexander, und des Staatssekretärs für Indien, Wedgwood Benn, bedeuten. Unmittelbar veranlaßt ist die Forderung durch die Unnachgiebigkeit, mit der Snowden es ablehnt, der Ausbringung einer Anleihe zur Finanzierung der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit zuzustimmen. Alexander u. Wedgwood Benn teilen vielfach die Ansichten Snowdens. Nach Meinung des Blattes wird der Premierminister die einflussreiche Bewegung gegen Snowden keinesfalls außer acht lassen können. Snowden werde nachgeben oder gehen müssen.

Zur Landeswasserversorgung

Stuttgart, 7. Nov. In der heutigen Sitzung des Verwaltungs- und Wirtschaftsausschusses des Landtags kam der Ausschuss bezüglich der Behandlung der Fragen der Landeswasserversorgung zu dem Beschluß, auf Wunsch der Regierung von einer Beschlußfassung vorerst abzusehen, da die Verhandlungen im Beirat der Landeswasserversorgung mit der Stadt Stuttgart und den daran beteiligten Gemeinden noch nicht zum Abschluß gekommen sind. — Beschlüssig eines Antrags Dr. Höfner und Gen. auf beschleunigte Erlassung eines Warenhaussteuergesetzes beschloß der Ausschuss diesen Antrag für erledigt zu erklären, nachdem eine reichsrechtliche Regelung erfolgt ist. Ferner behandelte der Ausschuss einen Antrag Majher, das Staatsministerium zu ersuchen, bei Reichsregierung und Reichsrat dahin zu wirken, daß bei der Änderung der Gewerbeordnung für die Gemeinden, die Wochenmärkte zur Erleichterung des Abfahrs landwirtschaftlicher und gärtnerischer Erzeugnisse eingerichtet haben, die Möglichkeit geschaffen wird, ausländische Erzeugnisse vom Markterwerb auszuschließen. Die Regierung erklärte dazu, daß sie einer derartigen Regelung im Interesse des Schutzes der Landwirtschaft nicht unfreundlich gegenüberstehe; aber es seien erhebliche Schwierigkeiten und Bedenken nicht von der Hand zu weisen. Im übrigen sollte die Bevölkerung von sich aus den Kauf einheimischer Erzeugnisse vorziehen. Ein Antrag Hausmann (Dem.) bei der Reichsregierung dahin zu wirken, daß ohne Gefährdung handelspolitischer Rücksichten der Abfahrs einheimischer Erzeugnisse nach Möglichkeit gefördert wird, wurde gegen 1 Stimme (N.) angenommen, nachdem ein Antrag auf Berücksichtigung des zur Debatte stehenden Antrags Majher mit Stimmengleichheit abgelehnt wurde.

Subetriebsnahme des Groß-Senders Mühldach

Von zutändiger Seite wird gemeldet: Die Indienststellung des Großrundfunksenders Mühldach ist nunmehr auf Freitag, den 21. November in Aussicht genommen. Am diesem Tage abends 7.45 Uhr (10.45 Uhr) wird der Großsender zum erstenmal das Abendprogramm des Süddeutschen Rundfunks übernehmen. Im Hinblick auf den Ernst der Zeit wird von Feierlichkeiten aus Anlaß der Indienststellung des Großsenders Abstand genommen werden. Da der Großsender in der ersten Zeit seines Betriebes tagelänger zu Betriebsstörungen und Beobachtungen benötigt wird, muß das Tagesprogramm des Süddeutschen Rundfunks vorerst noch über den Stuttgarter Sender abgewickelt werden. Die abendliche Sendefolge wird in der Regel über den Großsender gehen. Beide Sender werden zunächst, jedoch nicht gleichzeitig, auf der Stuttgarter Welle (833 Kiloherz), 389 Meter) arbeiten.

Bauerbund und Neckarkanal

Stuttgart, 8. Nov. Vom Süddeutschen Kanalarbeiter wird uns geschrieben: Die „Schwäbische Tageszeitung“ brachte in den letzten Tagen einen Artikel gegen den Neckarkanal und die zur Beseitigung der Arbeitsnot geplanten Durchschlößelarbeiten im Heilbronn-Gebiet mit Angaben, die nicht unbedenklich bleiben dürfen. Es werden im Heilbronn-Gebiet nicht nur „Im besten Falle 500 Arbeitslose“ beschäftigt, sondern insofern wesentlich mehr, als durch die Bauarbeiten Materialbeschaffungen notwendig sind, die wiederum eine große Zahl von Arbeitern beschäftigen. Es ist unrichtig, daß vom Reich für die Heilbronn-Arbeiten nur ein Zuschuß von 750 000 Mark zu erwarten ist. Richtig ist dagegen, daß von den 8 Millionen insgesamt betragenden Kosten die genannte Summe als verlorzener Zuschuß vom Reich gegeben wird. Die verbleibenden 7,25 Millionen werden zu zwei Dritteln vom Reich getragen, während Württemberg nur ein Drittel zu übernehmen hat. Die Aufbringung der 7,25 Millionen geschieht in der Weise, daß 3 Millionen von der Deutschen Gesellschaft für öffentliche Arbeiten gegeben werden, 2 Millionen durch das Land Württemberg aufzubringen sind und die restlichen 2,25 Millionen durch die Neckar-AG, auf dem Anleihebund und zwar zu Lasten des Reichs beschafft werden. Diese Schulden belasten aber keineswegs das Land Württemberg, sondern lediglich die Neckar-AG. Es ist nicht richtig, daß auf dem Neckarkanal fast kein Verkehr stattfinden werde. Nach den neuesten Untersuchungen, die von der Neckarbauverwaltung gemeinsam mit der Reichsbahn (sowohl „unparteiliche Verkehrsstudien“) vorgenommen worden sind, wird der Anleihsverkehr in Heilbronn 2–2,5 Millionen Tonnen betragen, die nach Fertigstellung des Kanals bis Bissingen im Anleihsverkehr auf circa 3,6 Millionen Tonnen ansteigen werden. Darunter befindet sich auch im Talverkehr das „bische Salz“ in Höhe von 250 000 Tonnen, sowie im Gesamtverkehr fast 200 000 Tonnen Stamm-

